



Wir fragen euch nicht nach
Verband oder Partei...

Information und Diskussion zur "Extremismusklausel"

Mittwoch, 16. März 2011, 19 Uhr

Gewerkschaftshaus Kiel, Legiensaal



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft



Mehr als 20.000 Menschen

haben am 19. Februar 2011 in Dresden einen geplanten Nazi-Aufmarsch verhindert. Es war eine herausragende Aktion zivilen Ungehorsams, denn Gerichte und Polizei hatten alles daran gesetzt, den Faschisten das Marschieren zu ermöglichen, antifaschistische Aktionen hingegen zu verbieten und zu unterbinden. Umsonst: Die massenhaften Blockaden versperrten den Nazis den Weg.

Der Erfolg wurde möglich durch das Zusammenwirken von Nazi-GegnerInnen unterschiedlicher politischer Orientierung in einem überparteilichen Bündnis, in dem sich auch Parteiverbände, Basisinitiativen und DGB-Gewerkschaften zusammenfanden.

Gestern Dresden – morgen Lübeck

In Lübeck wird am 26. März 2011 eine ähnliche Aktion nötig sein, denn auch dort versuchen die Nazis, die Erinnerung an die Bombardierung der Stadt im 2. Weltkrieg, in dem die deutschen Faschisten die Weltherrschaft hatten erringen wollen, zu einer Verleumdung des Freiheitskampfes der Völker zu nutzen und Propaganda für die Ziele der NSDAP zu machen, denen sie heute noch anhängen.

Wir können sie stoppen!

Wenn wir genau wie in Dresden als Nazi-Gegnerinnen und Nazi-Gegner zusammenstehen, werden wir die Faschisten auch in Lübeck stoppen. Im gemeinsamen Widerstand gegen Nazis verteidigen und erobern wir den politischen Raum, in dem wir Meinungsverschiedenheiten, die uns sonst vielleicht trennen, austragen und um den besten Weg zur Gestaltung einer Gesellschaft im Interesse der großen Mehrheit der Menschen ringen können. Einer Gesellschaft, in der Faschismus keine Wurzeln mehr schlagen kann. In dieser politischen Auseinandersetzung gibt es für Nazis keinen Raum, denn

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Wer Faschisten öffentlichen Raum zur Verfügung stellt, muss auf Widerstand stoßen. Er handelt verfassungsfeindlich, denn nach Art. 139 GG sind alle faschistischen Organisationen genauso wie die

NSDAP als verboten zu betrachten. Wir kämpfen auch für die Verwirklichung dieses grundlegenden Artikels des Grundgesetzes.

Wir fragen euch nicht nach Verband und Partei...

seid ihr nur ehrlich im Kampf mit dabei gegen Faschismus und Reaktion!

Ein Grundsatz, der für die ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung eine besondere Bedeutung hat. Reaktionäre Politikerinnen und Politiker versuchen, uns das Handeln in diesem Sinne zu erschweren. Die Bundesregierung macht neuerdings die finanzielle Förderung antifaschistischer Initiativen davon abhängig, dass sie schriftlich versichern und dafür Sorge tragen, nicht mit Menschen und Organisationen zusammenarbeiten, die etwa vom Verfassungsschutz als „extremistisch“ eingestuft werden. Darunter fallen viele Menschen, die gerade den antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes ernst nehmen und sich in diesem Sinne der herrschenden Politik entgegen stellen. Menschen, die Verstöße gegen den ursprünglichen Verfassungsauftrag – wie die Beschneidung des Asylrechts, die Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen usw. – anprangern. Menschen, die das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes einklagen und die Macht des Kapitals beschneiden wollen. Es geht nicht allein um finanzielle Förderung. Es geht um Diskriminierung und Ausgrenzung kritischer Persönlichkeiten und linker Politik. – Das ist mit uns nicht zu machen!



Mitmachen

Der Runde Tisch gegen Rassismus und Faschismus Kiel trifft sich regelmäßig immer den 4. Dienstag im Monat im Gewerkschaftshaus Kiel.

Eingeladen sind alle, die sich allein oder mit ihrer Organisation aktiv gegen Rassismus und Faschismus engagieren wollen. Unser nächstes Treffen ist am:

22.3.2011 um 19 Uhr im Gewerkschaftshaus Kiel, Legienstraße 22.

Wir laden ein

zur Information und Diskussion über die sogenannte Demokratieerklärung und "Extremismusklausel", von der die Bundesregierung die finanzielle Förderung antifaschistischer Initiativen abhängig macht. Hierdurch könnte die in den letzten Jahren entstandene gute Zusammenarbeit zahlreicher Verbände, Parteien und Einzelpersonen gegen rechts zerschlagen werden. Über die Motivation der Bundesregierung und die Auswirkungen diskutieren mit euch

Ernst Heilmann (Ver.di Landesbezirk Nord, angefragt),

Bettina Jürgensen (Runder Tisch gegen Rassismus & Faschismus Kiel),

Rolf Burghard (Landesvorstand S.-H. der VVN/BdA),

Michael Ulrich (Betriebsratsvorsitzender Vossloh),

Axel Hoffmann (Rechtsanwalt) und

Dietrich Lohse (Zentraler Arbeitskreis Offensiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus bei ver.di)

Die Veranstaltung findet statt am:

Mittwoch, 16. März 2011, 19 Uhr

Gewerkschaftshaus Kiel

Legienstr. 22, Restaurant Legienhof

**26. März 2011: Kein Nazi-Aufmarsch in Lübeck!
Für eine weltoffene und demokratische Gesellschaft**

Auch 2011 planen die Faschisten wieder einen Aufmarsch in Lübeck. Beteiligt euch zahlreich an den bunten Aktionen um den Aufmarsch zu verhindern! Weitere Informationen unter:

<http://www.wirkoennensiestoppen.de/>

<http://www.luebecker-erklaerung.de/>

und auf unserer Veranstaltung am 16. März

